

## Der Staat voran!

Viele Stimmen der bürgerlichen Presse ermoeten die Hoffnung, daß das politische Denken Deutschösterreichs sich ermannet und die alle Sinne verwirrenden, jeden Ausweg verhillenden Nebel der trostlosen jüngsten Vergangenheit abzustreifen beginnt. Allmählich regte sich das Gefühl dafür, welche Selbsterniedrigung der geistige und politische Zustand war, in dem die bürgerliche Gesellschaft Deutschösterreichs in den letzten Jahren dahinlebte, welche unnötige und beschämende Selbsterniedrigung, da Begabung und Charakter, Bekennnis und Betätigung des Bürgers turmhoch über seinem politischen Ausdrück standen. Das Gefühl ist allgemein: Es kann und darf nicht so fortgesetzt werden, wie ausgehört worden ist! Das traurige Kapitel ist glatt und vorbehaltlos geschlossen. Ein Verbrechen an Gefallenen wie an Ueberlebenden wäre es, die alte geistige Misere so fortzuschleppen, nicht nachzusehen wäre!

Diesen gefunden, heilsamen Instinkt sofort zu verwirren sind viele Mächte am Werke. Aber für alle, die den Weg ins Freie suchen, heißt es nun, sich nicht iremachen lassen in der Hauptsache. Denn notwendigerweise wird in einzelnen viel Streit sein, und daß er ist, hat Grund und wirkt Gutes. Kindlich wäre es, zu meinen, daß die Widersprüche der Klassen, die Interessensverschiedenheiten der Wirtschaftszweige und die Gegensätze der Weltanschauungen nunmehr verschwunden seien oder verschwinden könnten. Der Krieg hat sie eher vertieft als ausgeebnet. Aber jede Stunde hat ihre besondere Aufgabe und so kann es kommen, daß die Stunde eint, was die Jahre und Jahrhunderte trennen. Die Erkenntnis, die uns Oesterreichern insbesondere die Stunde gebracht hat, ist: Man kann nach außen wie nach innen nicht sicher und in Ehren leben ohne geordneten Staat. Einerlei, ob man ihn im Prinzip bekennt oder verwirft, wenn er nur da ist, muß er in Ordnung sein. Die reaktionärste Gesinnung setzt eine bestehende Ordnung voraus, die anhalten oder auf eine frühere Ordnung zurückgeführt werden soll, die revolutionärste Gesinnung, eine Ordnung, die zu einer höheren Ordnung fortgebildet oder durch eine neue ersetzt werden soll, keiner von beiden ist mit der Anarchie gedient, die den Boden selbst wie die Mittel der politischen Arbeit vernichtet. Es ist sinnlos, zum Schutze der Unternehmer ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, zum Schutze der Arbeiter ein Achtstundengesetz oder eine Fabriksinspektion zu fordern, wenn nicht vorher feststeht, daß Gesetze gelten und Behörden nach Gesetzen wirken können.

Eine geordnete Staatlichkeit ist und bleibt fürserste die Voraussetzung alles weiteren öffentlichen Lebens, das nächste und oberste Bedürfnis aller. Das ist als Hauptsache festzuhalten.

Es hat bei uns an dem Allerwichtigsten gefehlt: an dem Sinn dafür! In dem ganz gewöhnlichen, allereinfachsten Sinn! Und das bei dem Bürgertum aller Zungen, ganz und gar nicht bei dem Proletariat. Wenn das Gesetzgebungsorgan verlagte und von innen heraus auf das schmachlichste herabgewürdigt wurde, wem lag daran? Fand nicht der rabiateste Obstruktionsist den johlenden Beifall und die sicherste Anwartschaft auf Wiederwahl? Wenn seit zwanzig Jahren alle Sachkenner erwiesen, daß das zweite, ebenso wichtige Organ des Staates, die Verwaltung, durch ihre Zweiteilung in gefährlicher Weise zu entarten drohe, wem ging das an, wer regte sich darüber auf, welche politische Vertretung fand es der Mühe wert, darüber auch nur nebenher zu reden? Als die österreichische Richtervereinigung — gewiß ein zuständiger Körper — Befürchtungen äußerte, ob denn die Grundlage der Rechtsprechung, dieses dritten Organs der Staatlichkeit, ob die richterliche Unabhängigkeit noch in voller Geltung sei, wem berührte das; welchen Eindruck machte es auf unsere bürgerlichen Parteien?

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung aber sind die drei Säulen, auf denen die staatliche Ordnung ruht, die das Dach tragen, unter dem wir leben müssen. Was aus ihnen wurde — es gab nichts, was dem Durchschnittsbürger und dem bürgerlichen Politiker gleichgültiger gewesen wäre, nachdem einmal das öffentliche Interesse ganz und gar auf den Hausierjuden und den Postbeutel eingestellt war! Die bürgerlichen Parteien, durch die unsinnige Organisation unserer Verwaltung einer wirklichen Anteilnahme an den Staatsgeschäften in einer lokalen Selbstverwaltung beraubt und ganz eingesponnen in die Nebenstaatlichkeit der Landesstuben, hatten von 1907 bis 1914, vom Antrag Pichlerstein bis zur glücklich erreichten Sanierung, an dem Parlament kein anderes Interesse, als die Staatsfinanzen zu Gunsten der Länder zu brandschlagen. Ihnen allen und jedem einzelnen war der Staat Geluba. Daß der Staat nicht bloß die Bürokratie, nicht bloß die abstrakte juristische Körperschaft, sondern zugleich die konkrete Verkörperung der Bürgerschaft ist, diese Einsicht

ging verloren. Man machte Tauschgeschäfte mit dem „Staate“, handelte Subventionen und Landesdotationen von ihm ein, als ob nicht derselbe Bürger die gesamten Abgaben zahlen müßte. Niemand vermochte man sich zu der so einfachen und natürlichen Auffassung emporzurufen, daß ja wir selber der Staat sind und der Staat zu begreifen ist als die organisierte Gesamtheit der Bürger. Welch ein Triumph war es für den Demagogen, dem Staate einen Schabernack angetan zu haben! Welch lächerliche Kleinbürgerschulle: das Volk — das sind die Leute um den Kirchturm, die Leute im Ländchen; der Staat — das ist die Bürokratie des Landesherrn, die landesfürstliche Beamtenchaft; und der Krakeel mit ihr — das ist Politik! Ganz ebenbürtig steht ihr zur Seite die Auffassung von der Regierung, die ein gewesener Ministerpräsident an einem Orte bekennt hat, der besondere Wahrhaftigkeit zur Pflicht macht. Ein Versuch, das Parlament arbeitsfähig zu machen und die Obstruktion niederzuerwerfen, sei als eine der Regierung feindliche, auf die Schwächung der Staatsgewalt bedachte Absicht empfunden worden — doch lieber nicht an Vergangenes erinnern! Dieses Jahrzehnt der Kleinbürgerpolitik war widerwärtig und das beste ist, es so rasch als möglich zu vergessen!

Es muß festgehalten werden daran, daß vor allem unsere Staatlichkeit in Ordnung gebracht werden muß. Ganz ungeheuer sind die Pflichten und Lasten, die der Gesamtheit nach dem Kriege zufallen. Wir bedürfen schon der höchsten Anstrengung aller Gemeinschaftskräfte, um bloß die Kriegssopfer zu versorgen und die wirtschaftlichen Kriegsschäden gutzumachen, wir bedürfen hierzu der größten Straffheit der Organisation und der vollen Einheitlichkeit. Wir haben einfach das Geld nicht, um außer dem Staate noch siebenzehn Nebenstaaten zu halten. Wie die Dinge heute liegen, können wir den Ländern nichts geben, was wir nicht dem Staate entziehen. Man nehme nur die Krankenpflege und die Spitalverwaltung: es ist einfach nicht wahr, daß sich irgend ein Soldat Wunden und Siechtum im Felde geholt hat zu Gunsten und Ehren eines der siebenzehn Landeskrankenfonds. Er hat dem Staate gedient und erwartet Heilung vom Staate, das heißt er hat als Bürger für die Bürgergesamtheit gefochten und hat das Recht, vorauszusetzen, daß diese Bürgergesamtheit sein nicht vergeße und durch ihre allgemeinen Hilfsmittel, durch die von ihr getragene öffentliche Gewalt, für ihn Sorge. Wir können das oberste Mittel, durch das die Gesamtheit wirkt, nicht länger siebenfach verzetteln und außerdem durch die Spaltung in landesfürstliche Bürokratie und Autonomie wirkungslos machen. Ein entzweigeschlagener Pfug ist kein Pfug mehr. Zusammenfassung tut not — und wenn wir wieder einmal wählen, so müssen wir die Bewerber in erster Linie fragen, ob sie zur Erfüllung ihrer Forderungen auch das unumgängliche Mittel wollen, die leistungsfähige, geschlossene und straffe Staatlichkeit, ohne die man zwar viel Worte machen, aber nichts bewirken kann.